



Bundestags- brief

Nr.237 • Die Woche im Bundestag • 30.11.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Regionalkonferenzen der CDU sind ein voller Erfolg: krönender Abschluss in Berlin

An diesem Freitag findet in Berlin der Abschluss der acht Regionalkonferenzen der CDU Deutschlands statt. Auf diesen Konferenzen haben sich in den vergangenen Wochen die Kandidatin und die Kandidaten für die Nachfolge Angela Merkels als Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands den Mitgliedern vorgestellt.

Schon jetzt ist klar, dass die Regionalkonferenzen nicht nur ihren eigentlichen Zweck erfüllt haben, den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild von der Bewerberin und den Bewerbern zu machen. Die Regionalkonferenzen haben vielmehr noch unsere Partei belebt und dem engagierten, aber fairen innerparteilichen Wettstreit um die besseren Argumente einen würdigen Rahmen gegeben.

Nach den Stationen in Lübeck, Mainz, Seebach, Halle, Böblingen, Düsseldorf und Bremen wird die Veranstaltungsreihe heute ihren Abschluss im Estrel Center unserer Bundeshauptstadt finden.

Ich freue mich sehr über das riesige Interesse, das der Veranstaltung aus den Landesverbänden Berlin und Brandenburg entgegengebracht wird.

Weit mehr als 2500 Mitglieder haben sich bereits für die Veranstaltung angemeldet und damit dürfte die Regionalkonferenz in Berlin mehr Mitglieder anziehen als bei den meisten anderen Stationen vor Ort waren.

Diese Zahl beweist, dass die CDU auch in den Großstädten noch immer über großes Mobilisierungspotenzial verfügt und der Wunsch nach Mitbestimmung des Kurses auch der Bundespartei ungebrochen hoch ist.

Diese Anteilnahme und dieses Engagement unserer Mitglieder sind ein großer Schatz, den wir weiter pflegen müssen.

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zur Deeskalation beitragen

Die gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine im Asowschen Meer bedürfen dringend einer Deeskalation.

Darum bemüht sich die Bundeskanzlerin. Sie setzt sich wie kein anderer Politiker dafür ein, dass die Ukraine ihren Weg hin zu einem modernen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken Land gehen kann, das ein enger Partner von EU und NATO ist.

Im Übrigen ist die Rechtslage eindeutig, das Asowsche Meer ist kein Binnengewässer Russlands und die Ukraine muss Zugang zu ihren dortigen Häfen haben.

Schulen stärken: Digitalpakt ist auf dem Weg

Innenpolitisch setzten wir unseren Kurs konkreter Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger fort.

An erster Stelle stehen Verbesserungen für Schulen und Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Nach intensiven Verhandlungen hat sich die Koalition mit Grünen und FDP auf die Änderung des Grundgesetzes geeinigt.

Dadurch kann der Bund den Ländern und den Kommunen zusätzliches Geld für die Digitalisierung der Schulen und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Wir haben dabei erreicht, dass die Bundesmittel nur zusätzlich zu den Länderausgaben erfolgen, die Länder sich also keinen schlanken Fuß machen.

Allein für die Schulen stellt der Bund in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Durch zwei weitere Gesetze sorgen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum: Zum einen wird es durch eine Sonder-Abschreibungsmöglichkeit für Investoren und Privatanleger attraktiver, in den Neubau von Mietwohnungen zu investieren.

Zum anderen stärken wir den Mieterschutz: Mieterhöhungen dürfen nach Modernisierungen nicht mehr so hoch ausfallen und der Vermieter muss in bestimmten Fällen dem neuen Mieter unaufgefordert Auskunft über die Vormiete geben.

UN-Migrationspakt: Fakten statt Irreführung

Beim UN-Migrationspakt (GCM) ist es uns gelungen, einen gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner auf den Weg zu bringen, der unsere Linie und Erwartungshaltung klar formuliert.

Wir begrüßen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser großen Herausforderung unserer Zeit widmet.

Klar ist für uns dabei, dass der GCM Migration durch internationale Kooperation begrenzen soll. Andere Staaten sollen Migranten besser behandeln, damit sie dort oder in ihrer Heimat ein würdevolles Leben führen können.

Die nationale Souveränität Deutschlands wird durch den UN-Migrationspakt nicht angetastet, das stellen wir klar.

Orientierungsdebatte zur Organspende.

Immer weniger Menschen entscheiden sich dazu, ihre Organe zu spenden.

Wir werden die ethisch schwierig zu beantwortende Frage debattieren, wie man zu mehr Organspenden kommt. Es gibt auf der einen Seite diejenigen, die zu einer Widerspruchslösung kommen wollen.

Auf der anderen Seite gibt es viele, die sich Sorgen machen und Ängste haben vor einer Organentnahme nach ihrem Tod ohne ausdrückliche Zustimmung.

In einer ersten Debatte beginnen wir die Suche nach dem besten Weg zur Lösung dieses Problems.

Erstmals über 45 Millionen Erwerbstätige in Deutschland

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2018 fortgesetzt.

Mit 45,04 Millionen Beschäftigten in Deutschland wurde erstmals seit der Wiedervereinigung die Schwelle von 45 Millionen Erwerbstätigen überschritten.

Grund für den im Vergleich zum dritten Quartal 2017 mit 556.000 Personen (+1,3 Prozent) kräftigen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen ist die allgemein gute Arbeitsmarktlage ebenso wie eine stabil günstige Wetterlage.

Gegenüber dem zweiten Quartal 2018 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 259 000 Personen (+0,6 Prozent).

Eine Zunahme der Erwerbstätigkeit ist im dritten Quartal eines Jahres infolge der Herbstbelebung saisonal üblich.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Black Friday und Cyber Monday läuten das Weihnachtsgeschäft ein

Mit satten Rabatten, diversen Aktionen und Tiefpreis-Tagen hat der Handel vergangene Woche sowohl on- wie offline Schnäppchenjäger anzulocken versucht.

Für viele Händler gehören die Aktionstage im November zu den umsatzstärksten des Jahres und geben den Startschuss zum Weihnachtsgeschäft.

Eine repräsentative Umfrage des Digitalverbands Bitkom ergab, dass für 83 Prozent aller befragten Online-Käufer das entscheidende Kriterium für bzw. gegen einen Online-Shop der Preis ist.

Es folgen die Zahlungsmöglichkeiten (65 Prozent), versandkostenfreie Lieferung (62 Prozent), Kundenbewertungen (53 Prozent) sowie die Lieferzeit (51 Prozent).

(Quelle: Bitkom)